

II-1937 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode

Präs.: 2 1. OKT. 1969 No. 1410/7

DRINGLICHE ANFRAGE

der Abgeordneten Gratz
und Genossen

an den Herrn Bundesminister für Finanzen,

betreffend Entwurf des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1970.

Sozialistische Abgeordnete haben vor dem Sommer Interpellationen an alle Ressortminister und an den Herrn Bundeskanzler gerichtet, in denen um Auskunft über bestimmte Teile des jeweiligen Ressortvoranschlages ersucht wurde, um sich einen Überblick über die ministeriellen Verhandlungen zur Erstellung des Budgetentwurfes 1970 bzw. über den finanziellen Bedarf der einzelnen Ressorts für bestimmte öffentliche Aufgaben zu verschaffen.

Die befragten Mitglieder der Bundesregierung haben die inhaltliche Beantwortung dieser Interpellationen ausnahmslos abgelehnt, wobei auf die unhaltbaren Begründungen für die Nichtbeantwortung der Anfragen noch zurückzukommen sein wird. Unabhängig davon kann, auch wenn man auf dem Rechtsstandpunkt der Bundesregierung steht, ab dem heutigen Tage die Bestimmung des Artikels 51 Abs. 1 letzter Satz B-VG. nicht mehr herangezogen werden, um eine Auskunft über die Ressortvoranschläge zu verweigern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die nachstehenden

A n f r a g e n :

- I) Wie lauten in den jeweiligen Ressortvoranschlägen und - zu Vergleichszwecken - in der Regierungsvorlage für das Bundesfinanzgesetz 1970 die Ansätze für die nachstehenden Budgetposten:

- 2 -

- 1) vom Bundeskanzleramt
für die Budgetpost 10 006 (Förderungsausgaben)
- 2) vom Handelsministerium
 - a) für die Budgetpost 6311 (Fremdenverkehr)
 - b) für die Budgetpost 6313 (Kohlenbergbau)
- 3) vom Innenministerium
 - a) für die Budgetpost 1111 (Zivilschutz)
 - b) für die Budgetpost 113 (Bundespolizei)
 - c) für die Budgetpost 114 (Bundesgendamerie)
- 4) vom Justizministerium
für die Budgetpost 303 (Justizanstalten)
- 5) vom Unterrichtsministerium
für die Budgetposten
 - a) 1211 (wissenschaftliche Einrichtungen)
 - b) 1222 (Sportförderung)
 - c) 1230 (Hochschulen)
 - d) 1270 (allgemeinbildende höhere Schulen)
 - e) 12700 (Personalaufwand für die allgemeinbildenden höheren Schulen)
 - f) 1275 (allgemeinbildende Pflichtschulen)
 - g) 1285 (berufsbildende Pflichtschulen)
- 6) vom Sozialministerium
für die Budgetposten
 - a) 16 (Gesamtausgaben Sozialversicherung)
 - b) 153 (Volksgesundheit)
 - c) 1551 (Arbeitsmarktpolitische Maßnahmen)
 - d) 15547 (Sonderunterstützung Bergbau)

- 3 -

7) vom Bautenministerium

für die Budgetposten

- a) 64233 (Bundesstraßenverwaltung, Ausbau)
- b) 64333 (Bundesstraßenverwaltung, Autobahn, Ausbau)
- c) 6471 (Schulen der Unterrichtsverwaltung)

8) vom Landesverteidigungsministerium

- a) für die Budgetpost 4031 (Waffen und Geräte)
- b) für die Budgetpost 40323 (Katastropheneinsatzgerät; Anlagen)

9) vom Landwirtschaftsministerium

- a) für die Budgetpost 62 (Preisausgleiche, Gesamtausgaben)
- b) für die Budgetpost 601 (Förderung der Land- und Forstwirtschaft)
- c) für die Budgetpost 603 (Grüner Plan)

10) vom Verkehrsministerium

für die Budgetposten

- a) 65276 (Verstaatlichte Unternehmungen)
- b) 78303 (Post- und Telegraphenanstalt, Fernmeldeanlagen)
- c) 79313 (ÖBB, Anlagen)
- d) 79913 (Schnellbahn).

II. Sind Sie bereit in schriftlicher Form umgehend analoge Informationen hinsichtlich der übrigen Positionen zu geben, die in den Interpellationen an die Mitglieder der Bundesregierung "betreffend Anträge in den Budgetverhandlungen" (1357/J, 1379/J, 1360/J, 1364/J, 1359/J, 1362/J, 1380/J, 1361/J, 1363/J, 1378/J, 1381/J und 1358/J enthalten sind?

III. 1) Wurde von den jeweils zuständigen Ressortministern beantragt bzw. vorgeschlagen nachstehende Ausgabenpositionen in den Entwurf für ein Bundesfinanzgesetz

- 4 -

für 1970 aufzunehmen bzw. welche Beträge scheinen dafür in den jeweiligen Ressortvoranschlägen auf?

- a) Die Ausgaben im Rahmen des sogenannten Sozialpaketes (Witwenpension, Bauernpension etc.)
- b) Kapitalaufstockung Austrian-Airlines
- c) Bundeszuschuß zur Wiener U-Bahn-Errichtung
- d) Erhöhung der Bezüge der Lehrer an den allgemeinbildenden höheren Schulen
- e) Beträge im Rahmen des Personalaufwandes für Bundesbedienstete, die auf Grund der Gehaltsautomatik bei Preissteigerungen zum Tragen kommen.

- 2) Welche Beträge wurden für die unter a) bis e) genannten Zwecke jeweils tatsächlich in den Entwurf für ein Bundesfinanzgesetz 1970 aufgenommen?

In formeller Hinsicht wird beantragt, diese Anfrage gemäß § 73 der Geschäftsordnung des Nationalrates dringlich zu behandeln und vor Eingang in die Tagesordnung in Verhandlung zu ziehen.